

Beschluss 100 Prozent Bio-Verpflegung in öffentlichen Einrichtungen mit Hilfe der regionalen Landwirtschaft

Antragsteller*in: Frithjof Rittberger (Tübingen KV)

Tagesordnungspunkt: V Sonstige Anträge und Resolutionen

1 Umstellung der Verpflegung in öffentlichen Einrichtungen auf 100 Prozent Bio-
2 Lebensmittel bis 2030 zur Stärkung des Artenschutzes, des Tierwohls und der
3 natürlichen Lebensgrundlagen mit Hilfe der regionalen Landwirtschaft

4 Die Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg
5 fordert die Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg auf, im
6 Landtag einen Beschluss für eine Umstellung der Verpflegung in allen
7 öffentlichen Einrichtungen auf 100 Prozent Bio-Lebensmittel im Sinne der
8 Verordnung (EG) Nr. 834/2007 des Rates vom 23.06.2007 (EG-Öko-VO),
9 einschließlich der Lebensmittel von Bio-Umstellungsbetrieben, herbeizuführen.
10 Bis zum Jahre 2030 soll die Umstellung in allen Landeseinrichtungen
11 abgeschlossen sein, bis zum Jahr 2025 sollen die Einrichtungen bereits 30
12 Prozent Bio-Lebensmittel - gemessen am momentären Wareneinsatz - anbieten. Dabei
13 ist ein möglichst hoher Anteil an regional erzeugten und verarbeiteten Produkten
14 orientiert am Biozeichen Baden-Württemberg (Bio aus BW) vorzusehen, bei
15 Bioprodukten mit Herkunft von außerhalb Europas sind zugleich die Standards des
16 Fairen Handels zu beachten. Bestehende Verpflegungsverträge sind zum
17 frühestmöglichen Zeitpunkt anzupassen, Neuverträge nach dieser Vorgabe
18 abzuschließen. Um regionale wie ökologische Standards in Ausschreibungen
19 wettbewerbsrechtlich zu ermöglichen, fordert der Landtag eine geeignete
20 Expertise an.

21 In die Umstellung auf bio-faire Verpflegung in Kantinen, Mensen, Cafeterien und
22 bei Empfängen landeseigener Einrichtungen wie Behörden, Universitäten,
23 Fachhochschulen und Unikliniken soll auch die Schulverpflegung integriert
24 werden, wofür gegebenenfalls der rechtliche Rahmen für Land, Kreise und
25 Gemeinden zu schaffen ist.

26 Darüber hinaus soll der Landtag ein geeignetes Förder- und Beratungsprogramm
27 beschließen, das den Kreisen und Kommunen, aber auch privatwirtschaftlichen und
28 gemeinnützigen Einrichtungen ermöglicht, ebenfalls bis 2030 die vollständige
29 Umstellung ihrer Einrichtungen auf Bio-Verpflegung mit regionalem
30 Erzeugerschwerpunkt zu erreichen.

31 Das schließt die Beratung der Einrichtungen auch mit Blick auf kostengünstige
32 Kalkulation und Akzeptanz des Angebots ein. Hierbei sollen Erfahrungen und
33 Konzepte bestehender Projekte, wie beispielsweise der Städte Wien, Bremen und
34 Kopenhagen, einbezogen werden. Dabei soll insbesondere an die Kopenhagener
35 Leistung, eine attraktive Bio-Verpflegung nahezu ohne Mehrkosten für die
36 jeweilige Mahlzeit zu erreichen, angeknüpft werden. Falls dennoch
37 Mehrbelastungen entstehen, stellt das Land für finanziell schwächere Familien
38 Finanzmittel zur Entlastung bereit. Für die Umstellung der Verpflegung in
39 Schulen und Kindertageseinrichtungen wird eine pädagogisch geeignete
40 Begleitkonzeption erarbeitet.

Begründung

Mit diesem Antrag bestärkt die Landesdelegiertenkonferenz die Landtagsfraktion darin, die Ziele des Volksbegehrens Artenschutz aktiv zu unterstützen und der gegen ein wachsendes Bio-Angebot vorgebrachten Skepsis konstruktiv zu begegnen.

Mit der Umsetzung der Forderungen dieses Antrags trägt der Landtag dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen als staatlichem Verfassungsziel Rechnung, indem er den regionalen Absatzmarkt für zertifiziert ökologische Produkte sowie für Produkte von Bio-Umstellungsbetrieben stärkt. Durch die Umstellung auf Verpflegung aus ökologischer Erzeugung und fairem Handel werden drohende Folgekosten verringert, z.B. durch eine geringere Belastung von Böden und Wasser, mehr Klimaschutz und deutlich geringere Pestizidbelastungen, wie beispielsweise jüngst durch eine Studie der Universität Augsburg dargestellt. Auch beim Tierschutz liefert das EU-Bio-Siegel den höchsten EU-weit praktizierten Standard.

Angesichts des hohen Anteils an Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen, die regelmäßig auswärts verpflegt werden, trägt diese Maßnahme als staatliches Vorbild nicht nur zur Gesundheitsförderung bei, sondern auch zur Verbreitung regional erzeugter ökologischer sowie fair gehandelter Lebensmittel sowie zu einem positiven Bewusstsein für deren Bedeutung. Es setzt dadurch gemeinwohlfördernde Impulse für Wirtschaft und Gesellschaft in einer globalisierten Welt.

Unterstützer*innen

Tobias Holger Miltenberger (Stuttgart KV); Friederike Schlenker (Tübingen KV); Sabine Hebbelmann (Odenwald-Kraichgau KV); David Gerstmeier (Stuttgart KV); Julian Breitschwerdt (Karlsruhe-Land KV); Cornelia Jäger (Stuttgart KV); Renate Rastätter (Karlsruhe KV); Jürgen Hirning (Tübingen KV); Angela Scheffold (Alb-Donau KV)